

**L2****Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Stärkung der Europäischen Öffentlichkeit**

1 Die Bundestagsabgeordneten der SPD und  
2 eine Bundesregierung unter Beteiligung der  
3 SPD werden aufgefordert, sich für eine deutli-  
4 che Stärkung der medialen Europäischen Öff-  
5 fentlichkeit auf EU-Ebene einzusetzen, die  
6 inhaltlich identisch und simultan in allen  
7 (Amts-) Sprachen der Europäischen Union in  
8 geeigneter Form wie z.B. Rundfunkan-  
9 stalten, Internetplattformen stattfindet und alle EU-  
10 Staaten erreicht.

11

**12 Begründung**

13 Der Europäischen Union als Verbund ihrer  
14 Mitgliedsstaaten steht unter starkem Druck,  
15 sich auf gemeinsames Vorgehen zu verständ-  
16 igen. Gleichzeitig fehlt gerade kontroversen  
17 EU-Entscheidungen die Akzeptanz in den Mit-  
18 gliedsstaaten. Ein Grund hierfür ist das Feh-  
19 len einer ausreichend etablierten gemeinsa-  
20 men Europäische Öffentlichkeit, in der poli-  
21 tische Anliegen außerhalb von EU-Parlament  
22 und der Vertretung einzelner Mitgliedsstaa-  
23 ten grenzüberschrei-tend diskutiert werden.

24

25 In jedem Mitgliedsstaat wird bisher geson-  
26 dert über Aktivitäten auf EU-Ebene berichtet  
27 und debattiert. Bestenfalls informieren natio-  
28 nale Medien vom Meinungsstand in einem  
29 anderen Mitgliedsstaat. Es gibt jedoch au-  
30 ßerhalb von thematisch begrenzter Inhalte  
31 fast keine grenzüberschreitende Meinungs-  
32 bildung der EU-Bürgerinnen und – Bürger,  
33 keine europäische Zeitung, nur vornehm-  
34 lich informatorische Rundfunkangebote wie  
35 euronews, Livestream von Parlaments-/Aus-  
36 schusssitzungen, jedoch keine europaweit  
37 wirkenden Kommentare, politischen Streit-  
38 gespräche, keine europaweit ausreichend ge-  
39 nutzte Plattform für den Austausch von Sicht-  
40 weisen, der auch Sprachgrenzen überwindet

41 und Bürger:innen beteiligt.

42

43 Dabei garantiert die Europäische Grund-  
44 rechtecharta auf EU-Ebene die Freiheit  
45 der gemein-samen politischen Willensbil-  
46 dung. In Art. 11 heißt es nach dem Recht  
47 auf grenzüberschrei-tende Meinungsfrei-  
48 heit: "Die Freiheit der Medien und ihre  
49 Pluralität werden geachtet." Diese Charta  
50 geht wie selbstverständlich davon aus, dass  
51 es Medien gibt, die frei und plural grenzüber-  
52 schreitend, sogar EU-weit tätig sind und eine  
53 Europäische Öffentlichkeit existiert.

54

55 Ohne ausreichend gemeinsame Öffentlich-  
56 keit bleibt die Meinungsbildung auf EU-  
57 Ebene schwach und vornehmlich auf Reprä-  
58 sentanten der Mitgliedsstaaten begrenzt. Ihr  
59 fehlt die gemeinsame politische Willensbil-  
60 dung der Bürgerinnen und Bürger über natio-  
61 nale und Sprachraum-Grenzen hinweg und  
62 damit der willensbildende Unterbau.

63

64 In der Folge fehlt vielen Entscheidungen auf  
65 EU-Ebene die nach gemeinsamer Willens-  
66 bildung gefundene Unterstützung aus den  
67 Bevölkerungen der EU-Staaten. Dabei erfor-  
68 dert die Lage außerhalb der EU eigentlich  
69 mehr Verbindlichkeit und Unterstützung von  
70 gemeinsamen EU-Interessen.

71

72 Genau hier setzt der Beschlussantrag an,  
73 denn der freie europäische Medienmarkt  
74 hat trotz technischer Möglichkeit eine Eu-  
75 ropäische Öffentlichkeit bisher nicht in ei-  
76 ner Weise hervorgebracht, dass EU-Anliegen  
77 europaweit über Sprachgrenzen hinweg ge-  
78 meinsam diskutiert werden. Es genügt nun-  
79 mal nicht, dass eine z.B. Fachministerin den  
80 Diskussions-stand und die EU-Pläne in na-  
81 tionalen Medien wiedergibt bzw. bewertet  
82 oder von EU-Themen in Landessprache be-  
83 richtet wird. Vielmehrt bedarf es einer öf-  
84 fentlichen Diskussion mit Fachministern aus  
85 mehreren EU-Staaten unter Beteiligung der  
86 Menschen, welche inhaltlich identisch und

87 simultan in allen europäischen (Amts-)Spra-  
88 chen stattfindet. Hierfür fehlen noch immer  
89 Kommunikationsformate. Gemeinsame An-  
90 liegen in EU-Europa werden in sprachlich  
91 abgegrenzten nationalen Teilöffentlichkeiten  
92 diskutiert, falls dies überhaupt stattfindet.

93

94 Die vorhandenen grenzüberschreitenden An-  
95 gebote wie z.B. Euronews, Eurosport, Arte,  
96 Politik-Portale/Blogs im Internet, das TV des  
97 Europäischen Parlaments und die Europäi-  
98 sche Rundfunkunion (EBU) bieten entweder  
99 thematisch sehr begrenzte Formate der Mei-  
100 nungsbildung wie beim ESC oder eröffnen  
101 keinen simultanen Austausch, keine Interak-  
102 tion über Sprachgrenzen hinweg. Zudem sind  
103 sie von geringer Reichweite.

104

105 Die nationalstaatliche bzw. sprachraumbe-  
106 grenzte Teilöffentlichkeiten können das Öff-  
107 fentlichkeitsdefizit auf EU-Ebene auch in ih-  
108 rer Summe nicht ausgleichen. In einer zu-  
109 meist sprachraumbegrenzten Teilöffentlich-  
110 keit ist die Behandlung europäischer The-  
111 men nicht nur von jeweils national gepräg-  
112 ten Medienakteuren abhängig, für wie re-  
113 levant ein Thema gehalten wird. Sie beruht  
114 zudem auf sprachraumbegrenzten Erzählun-  
115 gen, z.B. „Überregulierung aus Brüssel“. Die  
116 Folge sind ein mitunter vollkommen unter-  
117 schiedlicher Informationsstand und national  
118 geprägte Sichtweisen zum selben europäi-  
119 schen Thema. Bei entgegengesetzten Interes-  
120 sen zwischen den Mitgliedsstaaten (Beispiel:  
121 Umfang der gemeinsamen Verschuldung, En-  
122 ergieimporte) kann eine unterschiedliche Be-  
123 sprechung des Themas in der jeweiligen na-  
124 tionalen Teilöffentlichkeit die Einigungfin-  
125 dung in der EU verhindern.

126

127 Die Verstärkung von Sichtweisen innerhalb  
128 jeweils nationaler bzw. sprachraumbegrenz-  
129 ter Teilöffentlichkeiten trägt zudem das Po-  
130 tential einer tiefen Spaltung innerhalb der  
131 EU in sich, denn der Blick durch die na-  
132 tionale Brille auf ein europäischer Thema

133 kann den Ansichten in den Teilöffentlichkei-  
134 ten anderer Mitgliedsstaaten so deutlich ent-  
135 gegen stehen, dass bei sehr kontroversen  
136 Themen Vertreter eines Mitgliedstaats in der  
137 EU, aber auch Europäische Parla-mentarier ei-  
138 ne Verständigung mit Vertretern anderer EU-  
139 Staaten nicht mehr wagen, weil sie das Ergeb-  
140 nis in ihrer nationalen Teilöffentlichkeit nach  
141 dem dort zuvor geführten Diskurs nicht oh-  
142 ne einen hohen Glaubwürdigkeitsverlust und  
143 Reputationsschaden vertreten könnten, Na-  
144 heliegenderweise auch nicht vertreten und  
145 deshalb eine tragfähige Verständigung auf  
146 EU-Ebene verhindert wird. In einer starken  
147 Europäischen Öffentlichkeit würde sich die je-  
148 weils nationale Berichterstattung bzw. natio-  
149 nale Erzählungen am europäischen Diskurs  
150 messen lassen müssen und könnten inner-  
151 halb der nationalen Teilöffentlichkeit deutlich  
152 hinterfragt werden. Umgekehrt würde dies  
153 für die EU-Ebene ebenso gelten.

154

155 Der Entscheidungsprozess in der EU wäre mit  
156 einer gleichartigen Kontrolle der Arbeit Eu-  
157 ropäischer Institutionen durch eine Europäi-  
158 sche Öffentlichkeit zudem deutlich transpa-  
159 renter und nachvollziehbarer, wie es bei auch  
160 sehr streitigen Entscheidungsprozessen in-  
161 nerhalb der Mitgliedsstaaten eingeübt und  
162 von Bürger:innen mit anderer Meinung über-  
163 wiegend akzeptiert wird.

164

165 Die EU würde weniger als Elitenprojekt  
166 der Vertreter einzelner EU-Staaten, der  
167 EU-Institu-tionen und der einzelnen Lob-  
168 byorganisationen wahrgenommen, denn  
169 eine gestärkte Euro-päische Öffentlichkeit  
170 kann eine nicht zu unterschätzende Kontrolle  
171 durch Diskurs jedweder politischen Initiative  
172 ausüben.